



Auch die Gegenmodelle haben Tücken

Neueste Beschlüsse in Hessen und Hamburg stoßen im Land auf Skepsis

In Hessen sind die Studiengebühren abgeschafft, Hamburg gibt sich großzügig bei Betrag und Rückzahlmodus. Wahlkampf oder neue Gebührendebatte?

Von Ratner Klütting und Marcus Sander

Vom kommenden Wintersemester an müssen die 160 000 Studierenden in Hessen keine Studiengebühren mehr zahlen. Eine linke Mehrheit im Landesparlament hat sich, wie berichtet, darauf geeinigt, die erstmals im vergangenen Wintersemester eingeforderten 500 Euro nicht mehr zu verlangen. Die Universitäten sollen das versprochene Geld zur Verbesserung der Lehre dennoch bekommen, und zwar vom Steuerzahler. Wie das geregelt wird und ob es juristisch haltbar ist, das ist noch offen.

Sechs Bundesländer verlangen nun Studiengebühren; außer Baden-Württemberg sind das Bayern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, das Saarland und Hamburg. Auch in Hamburg gab es Streit. Die Grünen dort sind inzwischen handzahn geworden: Ihre resolute Wahlkampfforderung nach der kompletten Abschaffung der Unimaut opfereten sie in den Koalitionsverhandlungen. Nun hat der Senat das neue Studienmodell beschlossen. Amtlich ist, dass Hamburgs Studenten auch künftig Gebühren zahlen müssen. René Held vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren in Berlin begreift dies als „Verschlimmbesserung“. Er sagt der StZ: „Die Grünen begehen Wahlbetrug.“ Held bemängelt die abschreckende Wirkung der Gebühren. Das sieht die Wissenschaftssenatorin Herlind Gundelach natürlich anders: „Dies ist ein für die Bundesrepublik kom-

plett neuer Weg.“ Die CDU-Politikerin ist überzeugt, dass die Unimaut „niemanden abhält, ein Studium aufzunehmen“.

Die neue Regelung soll zum Wintersemester 2008/09 greifen. Ein Student zahlt in Hamburg dann nur noch 375 statt bisher 500 Euro. Der Student kann entscheiden, ob er die Gebühren sofort bezahlen will, oder er kann sie sich zinsfrei stunden lassen. Damit die Unis ihr Geld regelmäßig bekommen, streckt die Wohnungsbaukreditanstalt die insgesamt fälligen Gebühren vor.

Baden-Württembergs Wissenschaftsminister Peter Frankenberg sieht keinen Anlass für eine neue Debatte. Studiengebühren seien Ländersache, sagte er der StZ. „Ich halte eine Zusatzfinanzierung über Studiengebühren für besser und ehrlicher als eine Zusatzfinanzierung über neue Schulden.“ Belastungen für die Studenten würden nicht verhindern, „sondern in die Zukunft verschoben und verschleiert“.

Schon jetzt hätten die Studenten Nutzen von den Studiengebühren, meint Cerhart von Graevenitz, Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz und Rektor der Uni Konstanz. Mehr Mittel für Bibliotheken, bessere Lehrmittel, mehr Geld für Tutorien – zumindest für Konstanz könne er sagen: „Dies alles zurückzufahren, gäbe eine dramatische Verschlechterung.“ Gegen die hessische Lösung, die Kosten das Land bezahlen zu lassen, wendet er ein: „Eine der Ideen der Studiengebühren war doch, dass die Studierenden einen eigenen Beitrag zu den Studienplatzkosten leisten

und damit das Gefühl bekommen sollen: Das ist ihre Lehre, ihre Universität, und sie können in die Gestaltung eingreifen.“ Auf die Erfahrungen in Hamburg ist von Graevenitz gespannt. Aber er ist skeptisch: „Die Universitäten müssen sehr lange warten und haben das Eintreibungsproblem.“

Markus Voeth, Professor für Marketing an der Universität Hohenheim, hat in diesem Jahr zum zweiten Mal einen „Gebührenkompass“ erstellt und Studierende gefragt, ob sie zufrieden mit der Verwendung ihrer Gelder sind. Ergebnisse gibt es in der nächsten Woche. Voeth weiß aber schon: „Die hessische Variante entspricht dem Wunsch der Mehrheit der Studierenden, die Studiengebühren wieder abzuschaffen.“ Grund sei

der Zweifel, dass das Geld zur Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen eingesetzt werde. „Die Hochschulen sind beim Thema Studiengebühren noch viel zu stark mit sich selbst beschäftigt, als dass sie sich darum kümmern könnten, die Studiengebühren nach innen professionell zu vermarkten.“

Die Hochschulen sind beim Thema Studiengebühren noch viel zu stark mit sich selbst beschäftigt.

Markus Voeth, Lehrstuhl für Marketing, Universität Hohenheim

Voeth findet es fraglich, „ob es der Politik in Hessen gelingt, das jetzt gegebene Versprechen dauerhaft einzuhalten.“ Und mit Blick auf Hamburg fragt er sich, ob nicht der besser wegkommt, der die Gebühr nicht stunden lässt. „Wer einen tollen Job bei Bosch oder Daimler in der Tasche hat, ist nicht mehr so bedürftig, dass Verwandte gerne für die Gebühren einspringen.“

www.gebuehrenkompass.de